# Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler. Joh. Nordhaus. Adolf Steiner. William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31me rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

**Nr. 134.** [32. Jahrgang.] **Berlin, Montag den 20. März 1893, Abends.** [32. Jahrgang.] **Nr. 134.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

**Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung;** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**


## Abonnements-Einladung.

**Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuchen wir um rechtzeitige Erneuerung des Abonnements, zur Verhütung sonst eintretender Unregelmäßigkeiten im Eintreffen unserer Zeitung.**

**Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint**

**12 Mal wöchentlich,**

**und beträgt das Abonnement für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntags-Beilage", sowie die „Verlosungs-Beilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie Mk. 7,50.**

**Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Berlin von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von Mk. 7,50 und von der Expedition der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", SW. Wilhelmstraße 32, entgegengenommen.**

**Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.**

**Unter Kreuzband bei täglich zweimaliger Versendung beträgt der Abonnementspreis der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" für das Vierteljahr:**

**In Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 13.**

**Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 5 Pf. beträgt, Mk. 16,50.**

**Für Staaten, nach welchen eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 Pf. beträgt, Mk. 25.**

## Politischer Tagesbericht.

Berlin, 20. März.

Wiederholt wiesen wir die Unterstellung zurück, daß es bei der Militairvorlage hauptsächlich auf den Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit ankomme, indem deren hauptsächlicher Zweck eine vollkommenere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist.

Daß das vom Abgeordneten Dr. v. Gneist in seiner schon erwähnten Schrift zu Gunsten der jetzigen Vorlage abgelegte Zeugniß von besonderem Werthe ist, weil Gneist bei dem principiellen Konflikt der sechziger Jahre im Mittelpunkte der Opposition stand, bemerkten wir bereits. In seiner Schrift beruft sich Gneist u. A. auch auf eine 1862 von ihm verfaßte Flugschrift, welche bestimmt war, jenen Beschluß einer unter seinem Vorsitze abgehaltenen Versammlung von 200 Mitgliedern der Fortschrittspartei und des linken Zentrums vor den Wählern zu rechtfertigen, durch den der Anfang des eigentlichen Konflikts bezeichnet wurde. Diese Schrift trug den Titel „Die Lage der preußischen Heeresorganisation am 29. September 1862 von Dr. Rudolf Gneist, Abgeordneter", und dieser entnehmen wir folgenden, für jene Eingangs erwähnte Unterstellung charakteristischen Passus. Für zweijährige Dienstzeit plaidirend sagte damals Gneist:

„Der preußische Staat ist jetzt in die lange vorbereitete Situation gedrängt, entweder die allgemeine Wehrpflicht oder die dreijährige Dienstzeit aufzugeben. Es wurden früher kaum 25 pCt. der jährig-jährigen Bevölkerung wirklich ausgehoben. Jetzt ist man 40 pCt. Wer sollte nach diese Zahl und Annahme ist völlig willkürlich. Unser Staat hat jährlich wenigstens 180 000 Männer im 21. Lebensjahre, und nach der Statistik der deutschen Staaten sind 50 pCt. dienstfähig, wenn das Größenmaß nach dem Bedürfnisse bestimmt wird. Der Werth der menschlichen Arbeitskraft und die Preise der Dinge sind so gestiegen, daß die Kosten des Kopfes in der Armee nach dem früheren und selbst nach dem heutigen Maßstabe nicht mehr zu halten sind. Jede Knickerei an der Löhnung und Ernährung ist ein schweres Unrecht gegen den Dienstpflichtigen, welcher dadurch doppelt beschwert wird. Jede willkürliche Verkleinerung des auszuhebenden Kontingents verwehrt das ungerechte Verhältniß zwischen den ausgehobenen und den freigelooften Mannschaften. Wir fallen damit in das Konkriptionssystem zurück. Die schreienden Ungerechtigkeiten eines Konskriptionssystems überhaupt, die das napoleonische zu dem „code de l'enfer" gemacht haben, wird ein preußischer Landesherr nicht sein Gewissen nehmen, nach dem die Nation ein halbes Jahrhundert das gerechte System willig übernommen und getragen hat. Ein Kriegsherr kann zweifelhaft sein in der Wahl zwischen allgemeiner Wehrpflicht und dreijähriger Dienstzeit: hier aber muß der preußische Landesherr entscheiden, ob Preußen einen Grundsatz opfern darf, der von seinem innersten Wesen, ja von seiner Existenz nicht mehr zu trennen ist."

So warm plaidirte damals Gneist im Namen der Fortschrittspartei vor dem Lande für volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht — und heute würde man seine Distinktion zwischen dem Kriegs- und dem Landesherrn dahin variiren müssen, daß man unterscheide zwischen Denen, die dem Fraktions-, und Denen, die dem Landesinteresse dienen wollen.

Besonders interessant in der Gneist'schen Schrift ist die Konstatirung der Thatsache, daß lange, bevor der Konflikt durch die Ereignisse des Jahres 1866 seinen Abschluß fand, die Stimmung weiterer Kreise im Lande sich dahin umformte, daß man sich mehr und mehr auf die Seite der Reorganisation schlug. Gneist sagt:

„Die öffentliche Meinung war im Ganzen im Verlauf der Jahre 1862—66 wohl weniger oppositionell gestimmt, als die im täglichen Streit mit dem Ministerium befindlichen Abgeordneten. Ich möchte vermuthen, daß sie bei einem Referendum nach Schweizer Weise das Votum der Kammer, welches eine Anleihe für den schleswig-holsteinischen Krieg verweigerte, unbilligt haben würde. Noch schwieger wurde die Stellung der Fortschrittspartei im Juni 1866. Damals war es wohl ein Gefühl des weichenden Bodens, welches in der Opposition extreme Richtungen in den Vordergrund schob und zu dem Ausruf: „Diesem Ministerium keinen Groschen!" verleitete. Schon damals waren auch im Hause die Ansichten getheilt, und der weitsehende Abg. Ziegler konnte bei der Volksversammlung in Breslau schon mit Erfolg an das Volksgewissen und an die Ehre der preußischen Fahnen appelliren."

Die Erfahrung von damals veranlaßt Gneist, auch die Aussichten der heutigen Opposition wesentlich weniger günstig zu beurtheilen, als zu thun sie sich selbst den Anschein giebt; er sagt:

„Die negirende Opposition verkündet zwar, daß sie einer Auflösung getrost entgegensehe. Allein dies Vertrauen dürfte sich ebenso wie 1866 und 1887 als trügerisch erweisen. Es ist leicht möglich, die großen Wählermassen bei dem allgemeinen gleichen Stimmrecht für augenscheinliche Demonstrationen mit theuerem Brot und Vertheuerung aller Lebensmittel für die Opposition zu gewinnen. Aber mit dem Argument der „Unerschwinglichkeit" der Militairlasten verhilft es sich doch anders. Diese „Unerschwinglichkeit", mit der, soweit ich sehe, alle Verhandlungen in den alten Reichstagen und in den alten Landständen begonnen haben (ich kann mich kaum einer Ausnahme erinnern), gingen stets nur von den besitzenden Klassen aus. Die alte Reichsritterschaft erklärte sich trotz der Hussitennoth nur bereit, mit „Schwendung ihres Bluts" dem Reich zu dienen, aber nicht mit Steuern. Die märkische Ritterschaft fand bei Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges zwei Tonnen Gold „unerschwinglich". (Aber ein halbes Menschenalter später hatten die Wallensteiner schon 200 Tonnen Gold aus der Mark geholt.) — Für das allgemeine Stimmrecht der kleinen Steuerzahler und der steuerfreien Männer verlagt das sonst wirksamste aller Wahlargumente. Ob sich in Zukunft bei der erweiterte Heeresmacht Deutschlands die durchschnittliche Steuerlast um 1 oder 1½ ℳ auf den Kopf erhöht, macht in diesen Kreisen keinen durchschlagenden Eindruck, weil sie wohl wissen, daß im heutigen Steuersystem die Hauptlast von Anderen getragen wird. Sicherlich würde aber die negirende Opposition noch einmal die Erfahrung machen, daß das Nationalgefühl und das nationale Gewissen in Deutschland wie in Frankreich in den Massen lebendiger ist, als in manchen Schichten der sogenannten besseren Klassen. Und selbst der Sozialdemokratie kann es leicht widerfahren, daß ihre Anhänger doch wieder nach der Seite abschwenken, wo Preußens Fahnen wehen". Nicht zu gedenken des gewaltigen Einflusses, den bei solcher Wahl die Hunderttausende üben werden, die in den Feldzügen von 1866 und 1870/71 mit ihrem Leben für die Größe und Einheit des Vaterlandes eingetreten sind. — Vor Allem ist für die Massen der Satz eines Dienstjahres durchschlagend sans phrase, und ebenso zweifelhaft wird sich in den Anwohnern der östlichen und westlichen Reichsgrenze ein Bewußtsein dessen regen, was ihnen bevorsteht, wenn unsere Volksvertretungen fortfahren, die Sicherheit des Reiches in der Manier des alten Deutschen Reichstages zu behandeln."

So beurtheilt Prof. Gneist, der den preußischen Konflikt mit durchlebt und durchkämpft hat, die Lage und die Chancen der Militairvorlage bei den Wählern — inzwischen dient die letztere der „Freisinnigen Zeitung" des Abg. Richter zum dritten Male als Zugstück für die Quartalsreklame!

In der heutigen (71.) Plenarsitzung des **Reichstages**, welcher auch der Reichskanzler Graf v. Caprivi beiwohnt, kam der Etat in dritter Lesung zur Berathung. Abg. Liebknecht betont, daß alle Bedenken gegen den „militairischen" Etat, welche von seinen Freunden bei der ersten Lesung ausgesprochen, in gleicher Weise fortbestehen. Alles, was für die Militairvorlage seitdem von den verschiedensten Seiten in und außerhalb der Kommission vorgebracht, habe den Lesern des Volks nicht geändert und nicht ändern können. Der Redner vermißt mit den bekannten Gründen das Milisystem. Hoffentlich werde es nicht gelingen, in den Osterferien ein Kompromiß wegen der Militairvorlage zu Stande zu bringen. Bei der Auflösung werde es sich zu zeigen, wie die Wähler sich entscheiden. Abg. Ahlwardt hält die Lage des Vaterlandes nicht für so gefahrlos, wie der Vorredner, der gemeint hatte, daß wir zur Zeit von Frankreich und Rußland keinen Krieg zu fürchten hätten. Für die Militairvorlage ist er aber übrigens auch deshalb, weil sie die allgemeine Wehrpflicht wiederbringe. Für die Vorlage selbst, verlangt er aber andere, als die vorgeschlagenen Deckungsmittel. Das Milisystem sei das verwerflichste von allen und in keinem Falle zum Angriffe geeignet. Demnächst suchte er des Näheren darzuthun, daß ihm bei seinen Angriffen gegen die Militairverwaltung jede verleumderische Absicht fern gelegen habe. Ihm seien aber vorgekommene Unregelmäßigkeiten bei den Waffenlieferungen glaubwürdige Mittheilungen zahlreicher Zeugen gemacht, deren Zeugniß aber einigen Sachverständigen gegenüber im Prozeß nicht zur Geltung gekommen sei. Etwa die Hälfte aller Gewehrläufe seien thatsächlich gedrückt gewesen. Seine Behauptung, daß von Löwe Gewehre geliefert worden, die früher von der italienischen Regierung der Solinger Fabrik Löwe als unbrauchbar zurückgewiesen worden, hält er aufrecht; der Herr Kriegsminister befinde sich hier mit seiner gegentheiligen Behauptung im Irrthum. Daß überhaupt Mängel bei einer so ausgedehnten Fabrikation vorkommen müßten, sei selbstverständlich: er behaupte aber, daß die gerügten Mängel planmäßig herbeigeführt seien, um billiger produziren zu können. Er glaube mit Aufdeckung der ihm bekannt gewordenen Schäden in der Militairverwaltung keinen Tadel, sondern Anerkennung zu verdienen. Im Uebrigen geht er auf verschiedene aus dem zu. Prozeß bekannte Einzelheiten ein und behauptet, daß in dem Prozesse unerhörte Dinge vorgekommen seien. Jeder von ihm gestellte Beweisantrag sei abgelehnt, weil er den Prozeß verschleppen wolle. Er habe den Staat nicht angreifen wollen, sondern nur die Kriegsverwaltung vor jüdischen Betrügereien gewarnt. Reichskanzler Graf v. Caprivi erklärte, daß er aus Achtung vor dem Hause Anstand nehmen möchte, die von dem Abg. Ahlwardt ausgesprochenen und aufrechterhaltenen Beschuldigungen so zu charakterisiren, wie sie es verdienten. Herr Ahlwardt möge reden, so viel und was er wolle, er würde niemals im Stande sein, das durch Jahrhunderte begründete Ansehen der preußischen Militairverwaltung und die preußische Justizpflege zu erschüttern. (Lebhaftes Bravo.) Kriegsminister v. Kaltenborn-Stachau konstatirt, daß kein einziger Fall erwiesen sei, wo irgend eine Pflichtverletzung der betreffenden Offiziere vorgekommen wäre. Die Löwe'sche Fabrik habe durchaus Tüchtiges geliefert. Absolut unrichtig sei, wie er wiederholt betone, daß irgend eine Solinger Fabrik Gewehrbeile an die Löwe'sche Fabrik geliefert habe. Abg. Richter hebt hervor, daß Alles, was Abg. Ahlwardt vorgebracht, bereits vor Gericht als unwahr erwiesen sei, und betont, daß er seinerseits sich nach Kräften bemühen werde, vor dem Parlamente öffentlich festzustellen, was Herr Ahlwardt und seine Behauptungen werth seien. — Abg. Ahlwardt nimmt bei Schluß des Berichts das Wort, um auf die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers und des Abg. Richter zu erwidern.

In der heutigen (5.) Plenarsitzung des **Herrenhauses** wurde mitgetheilt, daß von der verwittweten Herzogin von Ratibor ein Dankschreiben für die Theilnahme des Herrenhauses beim Tode ihres Gemahls eingegangen ist. — Der Gesetzentwurf, betr. die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken wird ohne Diskussion angenommen und darauf zur Wahl des Präsidenten geschritten. Es werden 159 Stimmzettel abgegeben. Stimmen erhalten: Fürst Stolberg-Wernigerode 124, Graf Brühl 28, zwei Zettel sind unbeschrieben, die übrigen zersplittert sich.

Fürst zu Stolberg-Wernigerode ist somit zum ersten Präsidenten des Herrenhauses gewählt und übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: „Meine Herren! Indem ich den Vorsitz übernehme, sage ich zunächst allen denjenigen Herren, die mir ihre Stimmen gegeben haben, meinen verbindlichen Dank für das Zutrauen, das mir damit entgegengebracht wurde. Meine Herren! Ich betrachte es als eine besondere Ehre, an Stelle des leider verstorbenen, von allen Seiten hochverehrten bisherigen Präsidenten an die Spitze dieses hohen Hauses berufen zu sein, einer Körperschaft, die in unserem Verfassungsleben berufen ist, bei allem Wechsel der Tagesmeinungen einen festen Punkt und damit eine Stütze der Monarchie zu bilden. (Bravo!) — Mein Bestreben in dem mir anvertrauten Amte soll dahin gerichtet sein, nach besten Kräften und Können Ihre Verhandlungen gerecht zu leiten, die Geschäfte des Präsidiums sachgemäß zu erledigen und die Würde dieses hohen Hauses nach außen und innen gewissenhaft zu wahren. (Bravo!) Ich bitte Sie, meine Herren, mir bei diesem Bestreben freundlich begegnen und bei allem vorkommenden menschlichen Irren und Fehlen mich milde beurtheilen zu wollen." (Beifall.) — Das Haus geht sodann bei Schluß des Berichts zur Erledigung von Petitionen über.

In der heutigen (56.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** wurde das Ergänzungsgesetz zur evangelischen Kirchenverfassung für die älteren Provinzen nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Gangbaus (cons.), Frhr. v. Minnigerode-Rossitten (kons.), Im Walle (ctr.) und des Regierungsvertreters Geh. Rath Hegel in erster und zweiter Lesung erledigt. Es folgte die Berathung des Antrags des Abg. v. Schenckendorff u. Gen. (ntl.), zu beschließen: In Rücksicht darauf, daß die auf Verbreitung des Handfertigkeitsunterrichts gerichtete Bewegung seit dem letzten Jahrzent in fast allen Kulturländern Aufnahme und zum Theil eine weite Ausdehnung gefunden hat; sowie in Rücksicht darauf, daß ein solcher Unterrichtszweig wirthschaftlich wie pädagogisch bedeutsam erscheint, wird die Regierung ersucht, den hierauf gerichteten Bestrebungen staatlicherseits eine weitergehende Förderung als bisher zu Theil werden zu lassen und gleichzeitig Vorsorge zu treffen, daß die Lehrerseminare allmälig diesen Unterrichtszweig als einen freiwilligen aufnehmen. Bei der Begründung seines Antrages weist der Hauptantragsteller Abg. v. Schenckendorff auf die erheblichen Aufwendungen hin, welche von anderen Staaten für die Pflege des Handfertigkeitsunterrichts gemacht worden. Deutschland stehe unter diesen Staaten erst an neunter Stelle. Redner wünscht nicht, daß der Handfertigkeitsunterricht obligatorisch in die Schulen eingeführt werde, auch nicht, daß die Regierung diesen Unterricht in die Hand nehme; er erbittet die Mithülfe der Regierung zur Mitberathung über die Unterrichtsertheilung, zur Anregung bei den gemeindlichen Schulbehörden und zur finanziellen Unterstützung der Sache, letztere namentlich für die Lehrerausbildung und für die Einrichtung von Werkstätten. Finanzminister Dr. Miquel anerkennt die pädagogische und wirthschaftliche Wichtigkeit des Handarbeitsunterrichts, namentlich die Verdienste einzelner Männer und insbesondere des Abg. Schenckendorff. Allein des Unterrichtsfach eigene sich noch nicht zur Aufnahme in den Schulunterricht, es bedürfe vielmehr noch der Vorbereitung durch Personen, welche sich besonders für die Angelegenheit interessiren. Die Regierung sei bereit, die Sache zu fördern nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und unter Berücksichtigung der ganzen finanziellen Lage. Regierungskommissar Geh. Rath Brandi betont, daß die Meinungen über die Nützlichkeit des Handarbeitsunterrichts bei den Lehrern auseinandergehen. Die Regierung müsse deshalb der Sache gegenüber sich vorsichtig verhalten, insoweit dieser Gegenstand in den Volksschulunterricht eingefügt werden soll. Abg. Herrfurth wünscht, daß die Sache des Handfertigkeitsunterrichts, die ja unscheinbaren Anfängen hervorgegangen und zu bedeutenden Erfolgen gelangt ist, von der Regierung möglichst wohlwollend behandelt werde. Abg. von Minnigerode-Rossitten meint, daß namentlich die städtischen Schulen dafür sorgen müssen, ihre Schüler in manuellen Fertigkeiten auszubilden; auf dem Lande geschehe das bereits. Abg. Frhr. v. Heereman (Ctr.) hebt das Bedenken hervor, daß die einseitige Ausbildung der Kinder in der Schule, das einseitige Vollprovfen des Kopfes mit Bildung und Wissen, die Entwickelung von Geist und Gemüth vernachlässigt und beeinträchtigt. Der Handfertigkeitsunterricht könne nützlich wirken, aber man dürfe ihn unter keinen Umständen obligatorisch machen. Abg. Dr. Lovalscheck äußert sich Schluß des Berichts ernstliche Bedenken gegen den Antrag.

### An Kundgebungen zur Militairvorlage verzeichnen wir:

In Greifswald beschloß eine am Donnerstag unter dem Vorsitz des Professor Credner zusammengetretene Wählerversammlung einstimmig, nachstehende Petition an den Reichstag zu richten:

„Die heutige Versammlung von über 400 Bürgern Greifswalds, Angehörigen der verschiedensten Berufsstände, erkennt angesichts der unabsehbaren Rüstungen Frankreichs und Rußlands und der politischen Gesammtlage die Nothwendigkeit der von der Reichsregierung angestrebten Verstärkung unserer Wehrkraft zur Sicherung des Vaterlandes und zur Erhaltung des Friedens an. Sie erklärt sich bereit, die erforderlichen Opfer bringen zu wollen und richtet an den Hohen Reichstag die dringende Bitte, mit der Reichsregierung unter allen Umständen eine Verständigung über die Militairvorlage zu suchen, welche der Wehrfähigkeit des Reiches auf der von den militairischen Autoritäten bezeichneten Basis möglichst vollkommen Rechnung trägt."

Die am Mittwoch in Wittstock abgehaltene Generalversammlung des dortigen konservativen Vereins beschloß ebenfalls einstimmig:

„Im Vertrauen zu der Staatsregierung und im vollsten Einverständniß mit den seitens derselben dargelegten Gründen erklären wir die Annahme der im Reichstage eingebrachten Militairvorlage für eine politische Nothwendigkeit, halten die dem Volke für die Durchführung derselben zugemutheten Opfer im Interesse der Sicherheit des Vaterlandes für nicht zu hohe und bitten den Hohen Reichstag aufs Dringendste, diese Vorlage unverändert annehmen zu wollen."

Die in Siegen von den Vorständen der nationalliberalen und konservativen Partei einberufene Volksversammlung hat am 16. März getagt und eine Resolution beschlossen, worin die Hoffnung ausgesprochen wird, der Reichstag möge unter Hintansetzung aller parteipolitischen Rücksichten und patriotischer Würdigung der äußeren politischen Lage auf Grundlage der gemachten Vorschläge zu einer Verständigung mit den verbündeten Regierungen gelangen.

In Ulm beschlossen die Angehörigen der deutschen Partei eine Erklärung, welche in der Ablehnung der Militairvorlage die ernstesten Gefahren für das Erworbenen des deutschen Volkes, für die Machtstellung des Reiches und für die Sicherheit des deutschen Vaterlandes sieht und deshalb die Erwartung ausspricht, daß der Reichstag eine solche Verständigung mit den verbündeten Regierungen finden möge, daß die deutsche Wehrkraft ihre ausreichende Verstärkung erhalte.

---

Durch verschiedene französische und deutsche Blätter ging vor kurzem die Nachricht, die luxemburgische Regierung beabsichtige, das nahe der lothringischen Grenze gelegene Bad Mondorf an ein Konsortium zu verpachten, dem gegen eine hohe Pachtsumme die Erlaubniß ertheilt werden sollte, daselbst eine öffentliche Spielbank zu errichten. An dieser Nachricht ist nur so viel richtig, daß die luxemburgische Regierung das dem Staat gehörige Bad Mondorf auf längere Zeit verpachten will. Der Staatsrath hat sich hierbei gutachtlich dahin geäußert, es müsse in den betreffenden Kontrakt eine Bestimmung aufgenommen werden, welche die Einrichtung öffentlicher Glücksspiele von vorn herein ausschließt. Diesem Gutachten wird das Staatsrathswird jedenfalls Rechnung getragen werden. Mondorf ist übrigens ein unbedeutendes Bad mit wenig Comfort, in unschöner Umgebung. Die Heilquellen sollen, wie versichert wird, wirksam sein.

## Rundschau im Auslande.

Wie aus **Paris** gemeldet wird, ist nach den letzten Bestimmungen die Beisetzung der Leiche Ferry's definitiv auf Mittwoch festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wird, einer Mittheilung von „Hirsch's T. B." zufolge, Herr Ribot im Namen der Regierung, Barbou in dem des Senats, Meline für den Generalrath der Vogesen und Gerard namens der Universitäten sprechen. Die Betrachtungen, die sich an das Ableben Ferry's anknüpfen, unterbrechen für das Pariser Publikum in nicht unerwünschter Weise die Anthellnahme an dem nachgerade unerträglich langweilig gewordenen Panama-Prozeß. Das Stichwort für die nächsten Tage oder Wochen dürfte in der Ueberschrift gegeben sein, welche die „Gazette de France" einem Leitartikel giebt: „Constans taucht am Horizont auf."

Aus einem **Brüsseler** Drahtbericht, welchen das „W. T. B." übermittelt, erfahren wir endlich, was es mit dem geplanten Strike für eine Bewandtniß hat. Die von gestern Abend datirte telegraphische Mittheilung lautet: Der Generalrath der Arbeiterpartei, welcher Delegirte aller Industriezentren, aller Arbeiterverbindungen und Grubenarbeitervereine umfaßt, beschloß heute Nachmittag in einer Volksversammlung abermals, daß ein allgemeiner Strike sofort proklamirt werden solle, sobald die konstituirende Versammlung das allgemeine Stimmrecht verwerfe oder nur unter Beschränkungen zulassen sollte.

Den Neuwahlen zur Kammer sind in **Spanien** gestern die Wahlen zum Senat gefolgt. Das bisher festgestellte Ergebniß ist nachfolgendes: 84 Ministerielle, 23 Konservative, 5 Republikaner, 2 konservative Dissidenten, 1 Karlist und 1 Unabhängiger. Die Zahl der zu wählenden Senatoren beträgt 180.

Im Königreich **Ungarn** scheint der kirchenpolitische Konflikt noch zu allerhand anderen „freiheitlichen" Bestrebungen und Kundgebungen Anstoß oder Anlaß zu geben. „Hirsch's T. B." meldet heute aus Budapest:

„Gestern Nachmittag fand hier ein großes „Freiheitsfest" statt, bei welchem unter großer Begeisterung die Forderungen der Nation in zwölf Punkten formulirt und die Unabhängigkeit Ungarns, ein nationales Heer, eine eigene Nationalbank und das allgemeine Stimmrecht verlangt wurden. Für das letztere traten besonders mehrere Abgeordnete der 1848er Partei, sowie verschiedene Arbeiterredner ein."

Wie uns aus **St. Petersburg** telegraphisch mitgetheilt wird, bringt die dortige Zeitung „Nowosti" die Nachricht, der Präsident des Ministerkomités v. Bunge werde aus Gesundheitsrücksichten seinen Posten verlassen und in Kiew ständigen Aufenthalt nehmen.

Alle neueren Nachrichten von der Küste **Westafrikas** stimmen darin überein, daß der König Behanzin von Dahome nicht daran denkt, seine Sache verloren zu geben. Er hat gegen die einen Theil seines Landes besetzt haltenden Franzosen eine Art von Guerillakrieg eröffnet und drückt sich, wie gemeldet wird, zu einem konzentrirten Vorstoß für den Augenblick, da die klimatischen Verhältnisse ihn begünstigen werden. Ein im „Figaro" veröffentlichter Brief schildert die Lage des französischen Okkupationskorps als eine sehr gefährdete; die Sterblichkeit unter den Truppen sei überaus groß. Ein aus London übermitteltes, dem „Reuter'schen Bureau" aus Lagos zugegangenes Telegramm will von mehr als 20 Deserteuren wissen, die sich von dem französischen Expeditionskorps weggestohlen haben und dann dem Könige Behanzin in die Hände gefallen sind. In Lagos sollen dahomeische Emissaire eingetroffen sein. Wie es scheint, will Behanzin sich unterrichten, ob irgendwie mit Europäern Beziehungen anzuknüpfen werden könnten, die sich für den Kampf gegen die Franzosen förderlich erweisen würden.

Eine Depesche des „New-York Herald" meldet aus Valparaiso, daß 3000 Mann unter dem Befehl des General Tellos stehende **brasilianische** Regierungstruppen durch föderalistische Streitkräfte unter General Tavarez in der Nähe von Ypacaraen völlig in die Flucht geschlagen worden seien. Nach dem Kampfe habe Tavarez eine Truppenabtheilung den Fliehenden nachgeschickt, eine zweite Division in der Richtung auf Santa Ana nach der Grenze von Uruguay entsandt. Der Ort Legud sei vom General Hipolito mit einer größeren Truppenmacht besetzt gehalten. Der brasilianische Gesandte in Paris erklärt die Nachricht von der Niederlage des Generals Tellos für unbegründet. Die Thatsache, daß in den an Uruguay grenzenden Gebieten Brasiliens der Bürgerkrieg einen bedeutenden Umfang angenommen hat, wird nicht in Abrede gestellt.

## Parteibewegung.

* Für die Reichstags-Nachwahl in **Dortmund** stellen die Deutschfreisinnigen den Rechtsanwalt Dr. Eickhoff in Duisburg als Kandidaten auf.

— In einer Zuschrift an die „Kieler Zeitung" ergänzt Graf Holstein-Waternevorstorff den Bericht über seine Stellungnahme zum Bunde der Landwirthe, wie derselbe letzter Tage umlief und auch von uns in Nr. 133 der „Nordd. Allg. Ztg." übernommen wurde. Es heißt in der bezüglichen Zuschrift: „Ich habe dem Bunde, wie wenige Tage vorher im Laufe der öffentlichen Versammlung, so auch in Schleswig, aufs Wärmste das Wort geredet, habe aber meine Ansicht darüber nicht verschwiegen, daß zur Zeit ich kein Mittel wüßte, wie rasch und binnen kurzer Frist auf gesetzgeberischem Wege der darniederliegenden Landwirthschaft aufzuhelfen sei. Ich habe keine Hoffnung gehabt, daß man den Muth nicht sinken lassen solle, wenn die Erfolge des einmüthigen Zusammenwirkens nicht sofort einträten. Ich habe im Interesse des Bundes davor gewarnt, in der Verstimmung über die traurige Lage der Landwirthschaft nicht etwa, was nahelegend erscheint, nach Persönlichkeiten zu suchen, welche dafür verantwortlich zu machen seien, oder sich ausschließlich an die Regierung zu halten. Die Handelsverträge von 1891 habe ich wohl als aus politischen und allgemeinen wirthschaftlichen Gründen gerechtfertigt bezeichnet, aber es hat mir völlig fern gelegen, Deutschland in erster Linie als Industriestaat zu bezeichnen, ich habe im Gegentheil betont, daß es auf seine Landwirthschaft stünde und fiele. Ich habe ferner gesagt, daß ich z. B. einen Zoll von 6 ℳ auch ausgesprochen habe, auch heute noch an und für sich einen Zoll von 5 ℳ keineswegs für zu hoch finde. Das allerdings könne ich nicht verkennen, daß die Wirkung eines Getreidezolles sehr wesentlich von Umständen abhängig sei, beispielsweise sei ich überzeugt, daß im laufenden Winter auch der höchste Zoll uns nicht vor den jetzigen Schleuderpreisen bewahrt haben würde. Ich habe ferner erklärt, daß ich dem Differenzialzoll Rußland gegenüber nicht den entscheidenden Werth beilegen könne, wie das häufig geschieht; russisches Korn ginge bereits in Menge über Rotterdam und Galizien in die Industrie-Kantone im Westen und nach Süddeutschland zu den billigeren Zollsatz an den dortigen Grenzen. Den Bimetallismus betreffend habe ich gesagt, ich kenne auch objektiv urtheilende Leute (die Fraktion habe ich garnicht erwähnt), welche ihn verwerfen; ich habe, wie der Bericht richtig sagt, mich dazu bekannt, daß ich die Frage nicht beherrsche und daß diese meine Ueberzeugung in derselben Lage seien, daß ich aber, in Vertrauen auf die feste Ueberzeugung bewährter Männer, welche seit Jahren dieser schwierigen Frage ihre ganze Arbeit und Aufmerksamkeit gewidmet haben und den Bimetallismus vertreten, mich ihm zuneige. Ich habe mit der Aufforderung meinen Vortrag geschlossen, man möge den Bund der Landwirthe durch Beitritt fördern; wenn er seinen Weg in der ruhigen und sachlichen Weise fortsetze, wie er ihn begonnen, werde er der deutschen Landwirthschaft zum Segen gereichen."